

Eing. 9. AUG. 1996

ABGELEHNT!

RESOLUTIONSANTRAG

der Landtagsabgeordneten D.I. Dr. Rainer Pawkowicz, Johann Römer, Mag. Helmut Kowarik, Ilse Arié betreffend die einseitige Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten, die 20-%ige Erhöhung der Rezeptgebühr und die Einführung einer Krankenscheingebühr in der Höhe von ÖS 50, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtags am 09. August 1996

Die unter dem Titel "Krankenkassenpaket" diskutierten Änderungen im Rahmen der Sozialrechtsänderungsgesetze werden von einer breiten, auch politischen, Öffentlichkeit abgelehnt.

Das Reformpotential im Bereich der Krankenversicherungen ist jedoch enorm. Bei einer nur teilweisen Ausschöpfung dieses Potentials wären neue Belastungen für die Beitragsahler unnötig gewesen. Beispielsweise könnte ein milliardenhohes Einsparungspotential durch die schrittweise Zusammenführung der Sozialversicherungsträger erreicht werden. Eine Diskussion wird auch darüber zu führen sein, die schwer defizitären kasseneigenen Ambulatorien zu mehr Kosteneffizienz, Transparenz und auch Sparsamkeit zu bringen.

Als wichtige Lenkungsmaßnahme ist auch die Aufwertung des extramuralen Bereiches zwar unumstritten, aber weiterhin ausständig: Nur durch eine massive Aufwertung niedergelassener Ärzte und einen möglichst ungehinderten Zugang zur Gründung von Gruppenpraxen kann der Strom an Patienten in die Spitäler gedrosselt und die Verweildauer abgesenkt werden. Eine Krankenscheingebühr hat jedoch einen gegenteiligen Effekt und wird den Weg vom niedergelassenen Arzt hin in die teuren Ambulanzen fördern.

Die beschlossenen Regelungen haben weder den Charakter einer echten Strukturreform, noch gehorchen sie den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert den Nationalrat und die Bundesregierung dazu auf, die einseitige Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionisten, die 20-%ige Erhöhung der Rezeptgebühr sowie die Einführung einer Krankenscheingebühr in der Höhe von ÖS 50 auszusetzen und bis Jahresende eine nachhaltige Strukturreform im österreichischen Gesundheitswesen zu beschließen, die auch eine Reform der Sozialversicherungsträger miteinschließen soll.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages gefordert.

Rainer Tawkonik
L. Nippmayer
Günther
Susanne Kourou (Chel)
An S. L. Sege
Blumhof-Klement
M. J. J. J. J.
Ronell
Mortleg
M. d. d.